

THOMAS KLEIN

Widerstand und Verfolgung von Kommunisten während der Stalinisierung der SED 1946-1951

Vorbemerkungen

In den letzten Jahren sind eine Vielzahl neuer Veröffentlichungen zur Verfolgung von Sozialdemokraten in der SBZ/DDR vorgelegt worden, die dieses auch schon zuvor sehr aufmerksam verfolgte Kapitel der Repressionsgeschichte auf der Grundlage jetzt zugänglicher Quellen aus Archivbeständen der SED und aus russischen Quellen anreichern. Jene Quellen belegen jedoch auch die Härte und den Stellenwert der Verfolgung von oppositionellen Kommunisten innerhalb und außerhalb der SED. Der linke Widerstand gegen den Nachkriegskurs der KPD, gegen die Stalinisierung der SED, schließlich die Verfolgung von linken Kritikern und Oppositionellen innerhalb und außerhalb dieser Partei sowie der westdeutschen KPD und endlich die Säuberung beider Parteien von ihnen war aus mehreren Gründen immer eine besondere Dunkelzone der Parteigeschichte. Durchaus nachvollziehbar ist dabei natürlich auch das Desinteresse der Würdigung solcherart linker Dissidenz seitens des antikommunistischen Lagers. Doch unabhängig davon gibt es ebenso zeithistorische Interpretationsdefizite.

Zunächst fällt das enorme Mißverhältnis zwischen dem tatsächlichen formellen und informellen Aufwand zur Eliminierung solcherart Dissidenz und dem realen politischen Gewicht linken Widerstands innerhalb der SED auf. Während der operative und propagandistische Aufwand zur Niederhaltung sozialdemokratischer Tendenzen durchaus deren immerhin potentieller Gefährlichkeit allein schon wegen der numerischen Stärke des nominell sozialdemokratischen Mitgliederflügels entsprach, fehlt dieser Deutungszugang im Falle linker oder kommunistischer Dissidenz. Allerdings belegen die Quellen, daß die Themen und die Intensität der Widerstandspraxis jener Handvoll aktiver linker Oppositioneller tatsächlich die Transformation der SED in eine stalinistische »Partei neuen Typus« ernsthaft zu gefährden drohten, wenn es ihnen gelungen wäre, die Parteimitgliedschaft zu erreichen oder in ihr Fuß zu fassen. Der Kampf gegen den »Sozialdemokratismus« trug angesichts der eher verhaltenen Widerstandsarbeit einer – gemessen an ihrer Gesamtzahl – kleinen Schar von Sozialdemokraten innerhalb der SED vor allem der erkannten Notwendigkeit Rechnung, jenen großen innerparteilichen Unsicherheitsfaktor durch Einschüchterung zu neutralisieren und das Infiltrationspotential des externen Faktors Ostbüro zu berücksichtigen. Anders als im Falle der Sozialdemokraten spiegelt dagegen die Verfolgung jener klei-

Thomas Klein – Jg. 1948, Studium der Mathematik an der Humboldt-Universität zu Berlin, wissenschaftlicher Assistent am Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1975 Promotion, 1979/80 Haftstrafe wegen Protestes gegen Berufsverbote für Linke in Ost und West, anschließend Berufsverbot und Tätigkeit im Berliner Möbelkombinat, politisch aktiv in der unabhängigen Friedensbewegung, Gründungsmitglied der »Vereinigten Linken« und bis Dezember 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages. Arbeitet zur Zeit am Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien Potsdam.

nen Zahl linker Dissidenten vor allem das Bewußtsein des befürchteten Wirkungsgrads konzeptioneller Widerstandsarbeit vielfach erfahrener und überwiegend konspirativ arbeitender Aktivistinnen wider, deren kommunistische politische Sozialisation sie über ähnliche Erfahrungshintergründe wie ihre Gegner und deshalb auch über eine genaue Kenntnis der stalinistischen Politikmuster und -ziele verfügen ließ.

Das besondere Kapitel der Verfolgung von Kommunisten läßt sich in den allgemeinen Kontext der frühen SED-Säuberungspraxis mittels folgender drei Thesen einbinden:

Erstens: Der eigentliche Zweck des Kontroll- und Repressionsaufwands war keineswegs reaktiv, war also nicht die Antwort auf tatsächliche Widerstandsbereitschaft in der SED. Tatsächlich ging es darum, den Stalinisierungsprozeß in der Massenpartei SED aktiv und präventiv abzusichern: Es ging um die Verwandlung der Mitgliederpartei in ein gegen Dissidenz immunisiertes Instrument der Parteiführung. Solcherart stalinistische Parteiformierung erforderte gemäß dem ambivalenten Zustand der SED in den vierziger Jahren auch die Anwendung terroristischer Methoden. Hier entschlüsselt sich zudem das offensichtliche Mißverhältnis von nur punktueller innerparteilicher Widerstandsbereitschaft und dem beträchtlichen Ausmaß repressiver Energie in den Parteisäuberungen. Der martialische Ton der Anklagen und die große Anzahl verfolgter Parteimitglieder darf keineswegs als Maßstab für die tatsächliche Stärke parteioppositioneller Handlungsbereitschaft in der SED geltend gemacht werden. Der Inhalt von Anschuldigungen und das tatsächliche Selbstverständnis bzw. die wirklichen Handlungen der Verfolgten oder Disziplinierten hatten selten etwas miteinander zu tun. Deshalb war die Verfolgung von sozialdemokratischen oder kommunistischen, vermeintlichen oder tatsächlichen Dissidenten aber weder irrational noch übertrieben. Die Parteisäuberungen waren jenseits ihrer bizarren Selbstlegitimation vielmehr rationaler Ausdruck der Einsicht und Entschlossenheit, Gewalt als Mittel der Zurichtung von Partei und Gesellschaft und im Sinne präventiver Abwendung von Gefährdungen des eigenen Herrschaftsmonopols einsetzen zu müssen. Jedoch wurde das Bewußtsein, Gewalt niemals als einziges Mittel sondern immer zusammen mit ideologischer Konditionierung und kaderpolitischer Weitsicht anzuwenden, fortlaufend mit den Erfahrungen geschärft. Daß man in der Parteiführung und im Apparat sehr wohl lernte, flexibel bei der Auswahl und Anwendung verschiedener Herrschaftstechniken vorzugehen, zeigte die weitere Entwicklung.

Zweitens: Es ist notwendig, eine differenzierte Begrifflichkeit gerade in der Analyse innerparteilicher Dissidenz zu entwickeln. Das Spektrum solcher Dissidenz reichte von spontaner Kritik, bewußter Widerspruchsbereitschaft in systemkonformem oder die Loyalität zur Partei bereits aufkündigendem Sinne über innerparteiliche Opposition bis hin zum organisierten Widerstand. In der Mehrzahl erlagen auch diejenigen Kommunisten, welche dem jeweiligen Kurs der Parteiführung reserviert gegenüberstanden, letztlich dem Druck und der Versuchung aktiver Anpassung an die jeweils herrschende Parteidoktrin. Dagegen blieb die große Zahl anpassungs-

unwilliger Sozialdemokraten überwiegend der passiven Distanz zu der sich ihnen immer mehr entfremdenden SED verhaftet. Anders als bei den zahlreichen anpassungsunwilligen Sozialdemokraten führten die politische Sozialisation und die praktische Erfahrung der wenigen widerstandsbereiten Kommunisten und Linksozialisten jedoch eher zu entschiedeneren Formen der Gegenwehr.

Drittens: Die SED unmittelbar nach der zonalen Vereinigung von KPD und SPD war aus der Sicht der tonangebenden »Moskauer« KPD-Führungsgruppe »zusammengewürfelt« und deshalb im Lichte ihrer Option, die ganze Partei unter ihre Kontrolle zu bringen, durchsetzt mit »Fremdkörpern«. Hinzu trat der Umstand, daß zuvor in beiden Parteien die Mehrheit der Mitglieder Neuzugänge waren: In der neuen KPD waren sie noch nicht stalinistisch gedrillt, und die Mehrheit der SPDler war nicht einmal im sozialdemokratischen Parteiverständnis diszipliniert worden. Dieses Defizit an stalinistischer politischer Sozialisierung in der SED kombinierte sich mit dem Dilemma, daß die Bevölkerung der SBZ natürlich in erster Linie die SED (wie zuvor die KPD) mit der sowjetischen Besatzungsmacht und ihren Maßnahmen identifizierte und dies häufig beider Ansehen beeinträchtigte. Damit sind die Begründungszusammenhänge für den »Repressionsbedarf« nach den Maßstäben der stalinistischen Führungsfraktion formulierbar: Ohne hinreichend große politische und soziale Basis in der Bevölkerung sowie bei einem zunächst noch unberechenbaren Mitgliederstamm in der neuen Massenpartei SED war das durch die Besatzungsmacht gedeckte Mittel der Gewalt nicht nur ein naheliegendes, sondern damals auch das wichtigste (entscheidende) den Stalinisten zur Verfügung stehende Instrument der Partei- und Gesellschaftsformierung.

Linke Widerstandspraxis und die Verfolgung dissidenter Kommunisten

Die noch in den Anfängen steckende Erforschung linkssozialistischer und kommunistischer Dissidenz erbringt überraschende Einblicke in die beachtliche Widerstandsbereitschaft und Entschlossenheit einer kleinen Anzahl von Zirkeln und Gruppen gegen die Stalinisierung der SED. Daß und wie man sich sowohl auf sowjetischer Seite als auch in dem mit ihr verbündeten Parteiführungsflügel dieses Widerstandspotentials bewußt war, spiegelt etwa die schon im Mai 1946 ergangene Warnung Tjulpanows (Chef der Propagandaverwaltung) und Bokows (Mitglied des Militärrats) an die Mitglieder des Zentralsekretariats (ZS) Pieck, Ulbricht, Grotewohl vor illegalen Organisationen aus »trotzkistischen Elementen« innerhalb der SED, verbunden mit der Forderung nach operativen Gegenmaßnahmen.¹

Im August 1946 informierte Generaloberst Serow (Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Fragen der Zivilverwaltung und Geheimdienstchef in der SBZ) Pieck über die Aktivitäten aus der früheren Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAP)² in Berlin gegen die Politik der SED. Warnend hieß es, die illegal arbeitenden oppositionellen Gruppen sähen es als ihre Hauptaufgabe an, Leitungen der SED mit ihren Leuten zu besetzen, und sie planten, Flugblätter und Broschüren zu verbreiten. Ihre Aktivitäten sei-

1 Wilhelm Pieck: Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, hrsg. von Rolf Badstübner und Wilfried Loth, Berlin 1994, S. 73f.

2 Die KAP organisierte seit 1920 solche Teile der links-kommunistischen Opposi-

tion der KPD, die über die Allgemeine Arbeiterunion Deutschlands (AAU) hinaus eine politische Partei für notwendig hielten. Sie zerfiel rasch, und ihre Mitglieder wurden vornehmlich von der AAU und der SPD absorbiert. Ehemalige KAPler in der SPD beteiligten sich 1931 an der Gründung der »Roten Kämpfer«, die als Widerstandsgruppe bis 1937 agierte. – Die AAU wurde 1920 von linkskommunistischen Gruppen als revolutionäre Einheitsorganisation der Lohnarbeiterschaft gegründet. Nach raschem Aufschwung stagnierte die Union und verlor noch vor 1923 an Bedeutung. Wieder vereinigt mit der 1921 abgespaltenen AAU-Einheitsorganisation existierte sie als Kommunistische Arbeiterunion Deutschlands (KAUD) bis zur Zerschlagung durch die Faschisten.

3 Wilhelm Pieck: Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik, a. a. O., S. 77ff.

4 Parteiarchiv RZCHIDNI Moskau, Bestand f17, op.128, d.151, l.120-136; Übersetzung von Elke Scherstjanoi.

5 Ullrich Mählert: »Im Interesse der Sache würde ich empfehlen ...«. Fritz Große über die Lage der SED in Sachsen, Sommer

en gegen die Moskauer Kader und ihre Versuche gerichtet, sowjetische Methoden auf die speziellen Verhältnisse anderer Länder zu übertragen, worin sie das Bestreben sähen, die imperialistischen Ziele der Sowjetunion zu unterstützen. Die in den Pieck-Notizen überlieferten fragwürdigen konkreten Informationen besagen unter anderem, daß gemäß den Aussagen eines verhafteten Mitglieds aus Berlin-Mitte die Berliner Gruppe 200 frühere KPD-Mitglieder zählte und im Juli 1946 die Schöneberger Gruppe auch mit Angehörigen der amerikanischen Armee in der Wohnung eines Mannes namens Weiland zusammenkam.³

Angesichts der naheliegenden Vermutung, diese Warnungen seien zweckvolle Übertreibungen gewesen, ist es sinnvoll, nach der Bewertung linker Opposition in der SED insbesondere in Berlin aus der Sicht der deutschen Parteiführung zu fragen. Solche Fragen hatte offenbar auch die SMAD, wie das Informationsgespräch einer Moskauer ZK-Delegation zur Prüfung der Arbeit der SMAD-Propagandaverwaltung mit Hermann Matern (damals Vorsitzender des SED-Landesverbands Groß-Berlin) über die Situation in der Berliner SED am 25.9.46 (nach den SBZ-Septemberwahlen und vor den Oktoberwahlen in Berlin) zeigte: Matern erwiderte auf die Frage Burzews (Leiter der Politischen Hauptverwaltung der sowjetischen Streitkräfte), ob die wirkliche Einheit der Partei ohne Säuberungen erreichbar ist, wörtlich: »Eine Säuberung ist notwendig ... die Schwierigkeiten mit dem sozialdemokratischen Teil der Partei [in Berlin sind] nicht so groß wie manche denken. Erheblich mehr Schwierigkeiten haben wir auf der Seite der Kommunisten. Fraktionsarbeit wird in Berlin meist von Kommunisten geführt. Außerhalb Berlins ist die Situation umgekehrt. Außerhalb Berlins sind in die SED fast alle Sozialdemokraten eingetreten ... Ein Teil der Sozialdemokraten dort muß entfernt werden, aber jetzt können wir sie nicht rausschmeißen. In Berlin dagegen müssen wir uns mehr mit den Kommunisten befassen. ... In Berlin befinden sich die Hauptopportunisten [gemeint sind sozialdemokratische SED-Kritiker – Th.K.] in der Sozialdemokratischen Partei.« Auf die direkte Frage Panjuschkins (1. Stellvertreter des Leiters der Abteilung Internationale Information des ZK), ob eher ehemalige rechte Sozialdemokraten oder ehemalige linke Kommunisten gefährlicher (insbesondere für die Parteieinheit) seien, antwortete Matern: »Die Ultralinken. ... Eine eigene Organisation [haben sie] nicht, aber sie machen fraktionelle Arbeit ... die größere Gefahr ist die »Linke«, sowohl im organisatorischen, als auch im ideologischen Sinne.«⁴

Dies sind allerdings Indizien dafür, daß unabhängig von der klaren Sicht die eigentlich gewichtige potentielle »sozialdemokratische Gefahr« in der SED das Bewußtsein der akuten Gefährdung durch oppositionelle Linke wach geblieben war. Dies verrät auch schon ein noch früher datierter Bericht Fritz Großes (1945 KPD-Stellvertreter von Hermann Matern für Sachsen) über die Lage in Sachsen vom August 1946,⁵ der Moskau die Bildung eines vom NKWD unabhängigen Parteiabwehrapparats in der SED zur Bekämpfung und zur Beobachtung der Blockparteien vorschlug. Ausgehend davon, daß dies seiner Meinung nach auch von den früheren Sozialdemokraten in der SED gebilligt würde, könne

dieser Apparat dann in eigener Regie auch zur Beobachtung von Trotzlisten, ehemaligen Oppositionsgruppen und Schumacherleuten eingesetzt werden.

Die Entstehung solcher innerparteilichen Abwehrorgane ist inzwischen beschrieben worden.⁶ Ihr Ertrag zur Bekämpfung der Sozialdemokraten ist weithin bekannt. Was nun die operative Arbeit solcher Organe in Richtung der linksoppositionellen Strömungen in der SED und an ihrem Rande erbracht und bewirkt hat, kann hier nur an wenigen Beispielen streiflichtartig skizziert werden.

Eine wichtige Rolle spielten jene Linken, die vor 1945 in eigenen Organisationen der KPD und SPD kritisch, ablehnend oder feindlich gegenüberstanden und den faschistischen Terror oder sowjetische Säuberungen überlebt hatten. Es ist nachweisbar, daß viele Mitglieder ehemals oppositioneller Parteien (KPD-Opposition, KAP, SAP, Leninbund, AAU)⁷ sowohl in die KPD gingen als auch zu beträchtlichen Teilen (und aus ganz anderen Gründen als die KPD-Führung) die Vereinigung mit der SPD befürworteten. Andererseits sind nicht alle kommunistischen Gegner der Parteienfusion der SED ferngeblieben, sondern entfalteten innerhalb der SED klassisch-sektiererische antisozialdemokratische Aktivitäten ohne jedes Verständnis für die kluge Taktik der moskauorientierten Parteiführungsgruppe zur Neutralisierung der Sozialdemokraten. Für wirklich gefährlich wurde aber offenbar die erste Gruppe von linken Abweichlern gehalten. In der Personalpolitischen Abteilung (PPA) im Zentralsekretariat häufte sich akribisch gesammeltes Material über die Aktivitäten trotzkistischer und anderer »organisierter feindlicher Oppositionsgruppen« an, wie es etwa in einem Bericht vom 9. Januar 1947 heißt. Dort wird für Berlin konstatiert, »daß die Querverbindungen der einzelnen Oppositionsgruppen immer dichter werden.«⁸

Unabhängig von der Betonung der Gefährlichkeit linksoppositioneller Kräfte in der SED schien die SED-Führung allerdings früher von der KPD zur KPO gewechselte Kommunisten (die traditionellen »Rechtsabweichler«) besonders ernst zu nehmen. Bekannt war, daß die KPO früher vor allem in Sachsen und Thüringen starken Zulauf hatte. Tatsächlich haben ehemalige KPOler in beträchtlichem Umfang nach 1945 in allen Besatzungszonen wieder den Kontakt miteinander hergestellt und die politische Lage sowie die organisatorische Zukunft der oppositionellen Kommunisten diskutiert. Schon im Januar 1947, als »eine systematische Beobachtung der feindlichen Gruppen in der Partei ... noch nicht [existierte]«⁹, wurden laut einem »Bericht über Aktivitäten oppositioneller Elemente in Berlin, der Ostzone und den Westzonen« vom 28.1.1948 in fast allen Berliner Stadtbezirken reorganisierte Gruppen der KPO, aber auch Gründungen von Spartakus, der KAP und Zusammenschlüsse trotzkistischer Tendenz – zum Teil mit Beteiligung und unter der Führung von SED-Mitgliedern – ausgemacht. Spätere genauere Erhebungen der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) rekonstruierten zum Beispiel die Versuche der vom Naziterror nicht so stark dezimierten KPOler Berlins, 1946 ihre Verbindungen wiederherzustellen, ohne allerdings die KPO als solche zu reorganisieren.¹⁰ Die ZPKK behauptete im oben erwähnten

1946, in: Jahrbuch für Kommunismusforschung 1996, S. 215 ff. Berlin 1996.

6 Michael Kubina: »In einer solchen Form, die nicht erkennen läßt, worum es sich handelt ...«. Zu den Anfängen der parteieigenen Geheim- und Sicherheitsapparate der KPD/SED nach dem zweiten Weltkrieg, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung September 1996, Heft 3, S. 340 ff.

7 Die KPD (Opposition), auch KPO, wurde im Dezember 1928 als Organisation der »Rechtsopposition« gegründet und von August Thalheimer sowie Heinrich Brandler geführt. Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) wurde als Abspaltung von der SPD nach deren Leipziger Parteitag im Oktober 1931 gegründet. Sie trat für die Aktions-einheit der Arbeiterklasse ein und war relativ gut auf die Illegalität während der Nazi-Zeit vorbereitet. Der Leninbund vereinigte ab 1928 Reste der in den Vorjahren aus der KPD gedrängten Linksopposition um die ehemalige Parteivorsitzende Ruth Fischer. Nach dem Ausscheiden von Fischer vertrat der Leninbund zunächst stark an Trotzki angelehnte Positionen. Teile des Leninbunds näherten sich 1929/30 an die KPD(O) an.

8 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Zentrales Parteiar-chiv der SED (im folgenden: SAPMO-BArch, ZPA) IV 2/4 - 380.

9 Ergänzung zum Bericht über organisierte feindliche

Oppositionsgruppen, SAPMO-BArch ZPA IV 2/4 - 385.

10 Vorläufiger Bericht über die KPO Berlin vom 11.8.1951, verfaßt von Paul Laufer, ZPKK, in: SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4 - 385.

11 Ebenda.

12 SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4 - 380.

13 Paul Elflein: Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein, Hamburg 1978, S. 110 ff.

Bericht, die Taktik der KPOler in der SED bestünde darin, kleine Gruppen zu bilden, die Unzufriedenen in der SED kennenzulernen und daraufhin mit ihnen direkte Verbindung aufzunehmen. So ist leicht nachvollziehbar, wie ängstlich die Parteiorgane von Anfang an nach Beispielen solcher in der Tat erfolgversprechenden und klugen Taktik Ausschau hielten. Im ZPKK-Bericht heißt es jedoch auch, daß aus Befragungen ehemaliger KPOler hervorging, sie lehnten in der Mehrzahl nach 1945 die Aufrechterhaltung ihrer Partei oder eine Fraktionsarbeit in der SED ab. Die Parteiakten dokumentieren trotzdem schon sehr früh Maßnahmen gegen solche Mitglieder, so gegen die 1947 aus der SED ausgeschlossene und aus der Volksbildung entfernte Käthe Draeger, KPO-Aktivistin in der illegalen Arbeit nach 1933, oder gegen den seinem Parteiausschluß durch Austritt zuvorkommenden Heinz Krause, aufgefallen als Verteiler von KPO-Material, durch seine kritische Haltung zur SED-Politik und gegenüber Stalin sowie als Verfechter der Aufrechterhaltung einer KPO-Fraktionstätigkeit in der SED.¹¹

Exemplarisch war die Abrechnung mit dem früheren KPD-Landtagsabgeordneten, dann KPO-Reichsleitungsmitglied und späterem SED-Mitglied Alfred Schmidt. Der Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstands, Hans Jendretzky, unterrichtete die PPA des ZS im Juli 1947 von seinem Vorhaben, mit Hilfe des SED-Landesvorstands Thüringen den dortigen Vorsitzenden der IG Nahrung/Genuß/Gaststätten auszubooten. Nach dessen Absetzung im August 47 wurde dieser linke Kritiker der sowjetischen Besatzungs- und Reparationspolitik im Juni 1948 wegen Reorganisation der KPO in Erfurt und Teilnahme am Aufbau der KPO in Thüringen aus der SED ausgeschlossen und einige Tage später mit anderen zusammen von der sowjetischen Besatzungsmacht in Erfurt verhaftet.¹² Tatsächlich hatte Schmidt seit 1945 die Kader in Erfurt gemäß dem aus dem antifaschistischen Widerstandskampf bewährten KPO-System in Fünfergruppen organisiert und sorgte so auch für die Verbreitung der von Theodor Bergmann eingeschleusten Diskussionsmaterialien. Neben Schmidts Gruppe hörte man auch von Saalfelder Parteimitgliedern, die des Trozismus verdächtig wären und die illegale Zeitschrift »Neues Beginnen« (von der noch die Rede sein wird) bezögen. Schmidt wurde von einem sowjetischen Militärtribunal wegen antisowjetischer Propaganda zum Tode verurteilt und dann zu 25 Jahren Arbeitslager begnadigt. Schmidts KPO-Genosse Paul Elflein aus Saalfeld wurde im September 1948 aus der SED ausgeschlossen und entkam seiner drohenden Verhaftung durch die Flucht nach Westdeutschland.¹³

In seiner Bautzener Strafhaft sollte Schmidt später auf Oskar Hippe treffen, den die SMAD im September 1948 in Halle festgenommen und wegen antisowjetischer Propaganda sowie illegaler Gruppenbildung zu zweimal 25 Jahren verurteilt hatte. Er wollte die linke Opposition durch Unterstützung von Gruppenbildungen in Weißenfels, Merseburg, Leuna und im Mansfeldischen organisieren. Auch er war zeitweilig mit der Gruppierung verbunden, die unter Leitung des bereits erwähnten Weiland das Blatt »Neues Beginnen« herausgab.

Zu Oskar Hippe hieß es schon in einem wahrscheinlich Anfang

1947 erstellten undatierten Bericht: » ... wahrscheinlich der gefährlichste. Hippe war bereits vor 1933 in trotzkistischen Gruppen organisiert. ... Große Erfahrung im Aufbau illegaler Gruppen.«¹⁴ Tatsächlich war Hippe nach seinem KPD-Ausschluß 1929 Mitglied des Leninbunds und ging 1930 in die trotzkistische »Vereinigte Linke Opposition«. Dort war er 1933 Mitglied der Reichsleitung in Berlin. Gemäß einer Vereinbarung der überlebenden Trotzkisten, vorerst in der KPD zu wirken, wurde er 1945 in zwei Westberliner KPD-Ortsgruppen nacheinander politischer Leiter und Instrukteur. Mit der Klarstellung seiner Unterbezirksleitung, ehemals aus der KPD ausgeschlossene Mitglieder könnten nicht aufgenommen werden, war dieses Kapitel für Hippe schnell erledigt. Auch die Mitarbeit Hippes in Weilands »Sozialistischer Arbeitsgemeinschaft« – einem Versuch der Zusammenführung und konzeptionellen Debatte von oppositionellen Linken verschiedener Tendenz – wurde 1946 bald wieder eingestellt. Die nach dem Krieg mühsam wiedererstehende trotzkistische Gruppe »Internationale Kommunisten Deutschlands« (IKD) gab ein eigenes hektographiertes Blatt »Der Marxist« als ihr Berliner Organ heraus. Die Arbeit der IKD in Mitteldeutschland und die Einschleusung von politischem Material organisierte Hippe mit Hilfe von Emil Bohn aus dem Weiland-Kreis und seinen alten Verbindungen. Oskar Hippes Verhaftung erfolgte wenige Tage nach seinem öffentlichen Auftritt auf der großen Funktionärsversammlung der ÖTV in Berlin-Friedrichshain, auf der er die Politik der Besatzungsmächte kritisierte.¹⁵

Auch die KAP regte sich insbesondere in Berlin. Der Kopf eines zentralen Kreises von Berliner KAP-Leuten mit internationalen Verbindungen namens Jahn aus Berlin Friedrichshain wurde im August 1947 mittels V-Mann-Arbeit eingeschätzt als »unbestechlich trotz schlechter wirtschaftlicher Verhältnisse ... Bei eventueller Verhaftung würde mit Gewalt oder Drohungen nichts erreicht werden ... Teilnehmer an den Spartakus-Kämpfen, Hamburger Aufstand, ... KAP, gemeinsame Arbeit mit oppositionellen SPD-Genossen, ... zeitweise mit Trotzkisten, Korsch, Ruth Fischer, ... Münzenberg.« Arbeitsweise und Mitgliederstruktur der KAP-Organisation wurden beschrieben als »völlig konspirativ«, »in Vierergruppen organisiert«, »mit Decknamen und in SED, SPD, FDGB verankert, überwiegend OdF«.¹⁶

Auch die schon erwähnte Gruppe »Neues Beginnen« Alfred Weilands hat Wurzeln in der KAP, jedoch ging dieser Versuch weit über die Revitalisierung einer alten Struktur hinaus. Berichte über die Weiland-Gruppen in Ost- und Westberlin sind seit Juli 1946 (von der SED-Kreisleitung Kreuzberg an die PPA des LV Berlin)¹⁷, verstärkt ab September 46 nachweisbar.

Weilands politische Biographie führte seit den zwanziger Jahren über die KAP, AAU, KAU, schließlich 1945 in die KPD, wo er bereits 1945 an der illegalen KAU-Revitalisierung mitwirkte. 1946 in der SED arbeitete er für die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung sowie 1947 beim Aufbau des Instituts für Publizistik in Ostberlin. Die schon erwähnte ab Sommer 1946 einsetzende Gruppenarbeit erfolgte ab Ende 47 infolge der zunehmenden Überwachung auch verstärkt konspirativ. Sie vereinte vor allem ehemalige

14 SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4 - 380.

15 Vgl. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Operativ-Vorgang »Renegat«, Archivnummer 943/61.

16 SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4 - 380.

17 Michael Kubina, a. a. O., S. 368.

18 SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4 - 380. – Vgl. auch: Sylvia Kubina: Die Bibliothek des Berliner Rätekomunisten Alfred Weiland (1906-1978), Veröffentlichungen der Universitätsbibliothek der FU Berlin, Juni 1995.

19 Hierfür und für das Folgende siehe: SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4 - 380.

KAP-, ISK- und SAP-Mitglieder zur Verdichtung ihres Berliner Organisationsnetzes (Schöneberg, Steglitz, Lichtenberg, Prenzlauer Berg) und besaß Verbindungen nach Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Schwerin, Hamburg, Braunschweig und Stuttgart.¹⁸ Akribische, wenngleich unprofessionell erarbeitete Informationen über Weiland gingen an die Berliner PPA, die auch ausführliche Informationen über dessen Anstrengungen zur Integration linkssozialistischer Kräfte in den Westzonen von Informanten aus der Westarbeit erhielt. Spitzelberichte liefern ein sehr plastisches Bild über die Arbeitsinhalte, die politische Profilierung und die Verbindungen dieser Gruppe.

Trotz der zum Teil heftigen Debatten zwischen Alfred Weiland und Oskar Hippe zur Einschätzung der UdSSR, der sowjetischen Militäradministration in Deutschland sowie zur Konzeption der eigenen politischen Arbeit in der SED wurde man sich in diesem Kreis bezüglich einiger wichtiger Fragen durchaus einig. So wurde gemäß diesem Diskussionsstand die Auffassung vertreten, in der Sowjetunion habe sich die Partei zum Instrument einer inzwischen herrschenden Bürokratie verwandelt, welche die Interessen des eigenen Landes höher stelle als die Interessen des Weltproletariats. In der Gruppe setzte sich 1946/47 auch Weilands Auffassung durch, daß es »notwendig (sei), daß wir in den politischen Parteien immer revolutionär zu arbeiten haben, entweder in der SED oder in der SPD. ... Wem es aber nicht gegeben ist, in den Parteien zu arbeiten, der soll in die Gewerkschaften oder in andere Organisationen gehen ... «.¹⁹

Den Weiland-Gruppen gehörten Mitglieder der SED, der SPD und der KPD an. Diskutiert wurde insbesondere die Verlegung der Gruppenkader weg von den scharf kontrollierten Parteien hin zur Basisarbeit im FDGB. In einem im Juni 1950 in der ZPKK verfaßten resümierenden Bericht hieß es dann schon: »In der ersten Hälfte 1948 stellten wir durch eine vertrauliche Verbindung fest, daß über die gesamte damalige sowjetisch besetzte Zone ... eine trotzkistische Organisation existiert, der, soweit wir feststellen konnten, ausnahmslos Funktionäre unserer Partei bzw. der staatlichen Verwaltung angehörten.« Alfred Weiland bemühte sich auch um die Zusammenarbeit mit der trotzkistischen Gruppe »Neuer Spartakus« und anderen Berliner KAP-Leuten. Seinem drohenden Parteausschluß kam er im Mai 1948 durch Austritt zuvor.

Ein weiteres führendes Gruppenmitglied, der KAP-Mitbegründer Karl Schröder, war Leiter der Volkshochschule Neuköln, was der Gruppe die Verbreitung ihrer theoretischen Positionen durch Schulungsabende erleichterte. Der Hallenser Emil Bohn saß in der Abteilung Handel und Versorgung der Provinzialregierung, ein weiteres Gruppenmitglied in der Deutschen Verwaltung für Volksbildung. Zum politischen Profil des Zusammenhangs wurde eingeschätzt: »In der Gruppe Weiland wird versucht, eine Plattform auszuarbeiten. ... Ideologische Abgrenzung von der Sowjetunion. SED in Deutschland und kommunistische Parteien sind mehr denn je der verlängerte Arm der sowjetischen Außenpolitik.« Eine im Bericht zitierte Spitzelinformation vermeldete: »Hippe hat in der letzten Besprechung bei Weiland in Schöneberg darauf hingewiesen, daß die SED versuche, die Oppositionsbewegung in den westlichen

Sektoren Berlins genau zu beobachten und Anschluß an die Gruppen zu bekommen. Aus konspirativen Gründen soll ... nur noch in der jeweiligen Gruppe gearbeitet werden. Zu Sitzungen in Schöneberg sollen nur von Fall zu Fall Bezirksdelegierte entsendet werden.« Besonders provozierend war natürlich, daß der Kreis um Weiland eine eigene nicht lizenzierte hektographierte Zeitung »Neues Beginnen – Blätter Internationaler Sozialisten« herausgab, die in Weilands Wohnung in Schöneberg fabriziert und an vielen Orten in den Westzonen nachgedruckt wurde. Überdies gelang es ihm, das MWD durch gefälschte Spitzelberichte zu desorientieren.²⁰

Das von den Sicherheitsorganen dann zerschlagene Gruppennetz hatte weit über Berlin hinaus erheblichen Umfang, wie man vorsichtig aus den Untersuchungsprotokollen²¹ schließen kann.

Am 11. November 1950 fand die vom MWD in Auftrag gegebene Entführung Weilands aus Westberlin statt.²² Das MWD verhörte Weiland ein Jahr lang in Berlin-Lichtenberg und Karlshorst; weitere Verhaftungen in Berlin, Magdeburg, Halle und anderen Orten folgten. Der vom MWD verfolgte Spionageverdacht gegen Weiland wurde 1951 niedergeschlagen, Weiland dem MfS übergeben und im August 1952 vom Landgericht Greifswald zu 15 Jahren Zuchthaus sowie 10 Jahren Sühnemaßnahmen wegen Boykotttätze und Spionage verurteilt.²³ Neun Mitangeklagte (unter anderem Emil Bohn) erhielten Strafen von 2-10 Jahren.

Eine recht bizarre Episode stellt die sich von 1947 bis 1952 hinziehende Bearbeitung von Anhängern der anarchistischen »Freien Arbeiterunion Deutschlands« (FAUD) dar.²⁴ Die Abteilung Untersuchung der PPA Sachsen meldete bereits 1948 an Bruno Haid in der Berliner Zentrale, daß namentlich bekannte ehemalige FAUD-Aktivisten aus Sachsen, Berlin und Thüringen seit 1947 ihre Verbindungen reaktivierten. Die SMAD übernahm den Fall Ende 1948, gab ihn aber wieder an die SED zurück. Nachdem 1949 der Dresdner V-Mann der PPA in der FAUD abgehängt wurde, informierte Anfang 1950 der sächsische Landesvorstand Paul Laufer von der ZPKK darüber, daß die Sache der Polizei übergeben worden war. Die Untersuchungsrichtung (Agententätigkeit) veranlaßte die Polizei zu der Empfehlung an die Parteigremien, mit der Entfernung der Delinquenten aus der SED noch zu warten, um die Ermittlungen nicht durch dann erfolgende Verdunklungshandlungen derart Vorgewarnter zu stören. Selbst als die LPKK Sachsen ab 1951 dann mit dem inzwischen installierten MfS korrespondierte, da sie die FAUDler immer noch nicht loswerden konnte, fruchtete dies nichts. Noch im Jahr 1952 finden sich vergebliche Anfragen der ZPKK an die BPKK Dresden, wie denn nun die Angelegenheit beendet wurde. Und dieses Ende ist in den ZPKK-Akten nicht dokumentiert.

Gegenüber den naiven Versuchen mutiger Sozialdemokraten und auch einiger Kommunisten, innerhalb der SED in den 40er Jahren innerparteilich offen zu opponieren, also »parteioppositionell« wirken zu wollen, wußten die Klardenkenden unter den wenigen handlungsbereiten dissidenten Kommunisten jener Zeit genau, daß nicht »Opposition« in, sondern Widerstand gegen die immer mehr stalinistisch dominierte SED geboten war. Und da sie aus eigener Er-

20 Ebenda. Siehe auch: Sylvia Kubina, Weiland, a.a.O.

21 Zu Weiland u. a. siehe BSTU, ZA AU 258/52 und ZA AS 102/77.

22 Für das folgende siehe auch Karl Wilhelm Fricke: Politik und Justiz in der DDR, Köln 1979, S. 63 u. 580 und: Der Staatssicherheitsdienst, BM für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.), Bonn/Berlin 1962, S. 143-148 (Erlebnisbericht Weilands).

23 Weiland wurde nach Verminderung seiner Strafe auf 8 Jahre am 8. November 1958 nach Westberlin entlassen.

24 SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4 - 380.

fahrung die in die SED überführte Thälmannsche KPD sehr genau kannten, wußten sie auch, daß dies unter den gegebenen Kräfteverhältnissen konspirativ und durch den Aufbau eigener Strukturen – also unter Berücksichtigung der wirklichen herrschenden Bedingungen in der SED – am effektivsten zu tun war. Im Bewußtsein des eigentlichen Zwecks solcher Techniken – nämlich: die Bevölkerung zu erreichen – standen sie neuerlich vor folgenden Fragen:

Erstens: Bis wann war die Bevorzugung entristischer Methoden gegenüber der Bildung eigener Organisationen vertretbar?

Zweitens: Wie weit wollte man in der Praxis antistalinistischer Bündnispolitik im Lichte der Erfahrungen der linken Splittergruppen am Ende der Weimarer Republik gehen?

Das frühe Scheitern einer »dritten Kraft« in Ost und West jenseits von KPD/SED und SPD wird immer wieder und durchaus nicht zu Unrecht mit stalinistischem Terror, russischer und amerikanischer Interessenlage sowie durchgängig präsentem Antikommunismus erklärt. Doch zeigt die Geschichte auch des linken antistalinistischen Widerstands in der SBZ/DDR, daß die sektiererischen Tendenzen um so größer wurden, je kleiner die Gruppen und auswegloser ihre Lage war. Das Einigende – nämlich der negative Bezug auf SED (oder SPD) – konnte die Defizite der Herausarbeitung einer kooperativen Praxis, Theorie und organisatorischen Konsistenz nicht aufwiegen. In Kombination mit den erstgenannten Faktoren war ihr Scheitern also folgerichtig.

Säuberungen

Die Verhaftungen von Schmidt, Hippe und anderen sind durchaus im Kontext der Mobilmachung vom Sommer 1948 zu sehen. Der Parteivorstand sonderte neben dem Beschluß zur Jugoslawienfrage auch den ersten Säuberungsbeschluß zum beschleunigten Parteiausschluß für partei- und sowjetfeindliche Mitglieder ab. Im August folgte die erste öffentliche Drohung unter anderem gegen die Trotzlisten und »KP-Null-Leute«, wie es im ND vom 22.8.1948 hieß. Als 1949 die systematischen Säuberungen in der SED begannen, verfügte die Parteiführung bereits über ein wirksameres Instrument, als es die Materialsammler der Abwehrreferate bei den Personalpolitischen Abteilungen sein konnten. Nach dem Beschluß zur Umformung der SED in eine »Partei neuen Typs« durch die 10. Tagung des Parteivorstands im Mai 1948 beschloß das gleiche Gremium im September die Bildung von Parteikontrollkommissionen auf allen Ebenen. Die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) begann mit ihren Gliederungen auf Landes- und Kreisebene nach deren personeller Konstituierung erst Anfang 1949 tatsächlich zu arbeiten. In der »Entschließung der Tagung der Parteikontrollorgane am 3. und 4. September 1949« hieß es über die Situation in der Partei bereits: »Wo trotzlistische und Ostbüroeinflüsse die Ursache [des Versagens oder einer falschen Politik – Th. K.] sind, muß die Parteikontrolle eingreifen und deren Träger vor der Mitgliedschaft entlarven, die Leitungen auf diese Zustände aufmerksam machen. So helfen wir der Partei, die Beschlüsse durchzuführen und erziehen sie zur Wachsamkeit gegenüber Abweichungen von der Generallinie der Partei und zum Kampf gegen feindliche Einflüsse und

gegen die Arbeit anglo-amerikanischer Agenturen.«²⁵ Hier wird schon ganz im Sinne des neuen KOMINFORM-Kurses²⁶ die ultimative Verbindung von Linienabweichungen mit Feind- und Agententätigkeit formuliert.

Doch was ab Oktober 1949 im großen Stil seitens der ZPKK zunächst gegen Westemigranten sowie ehemalige Kriegsgefangene der Westalliierten oder Jugoslawiens und dann (ab August 1950 im Kontext mit der Field-Sache) wieder verstärkt gegen die ehemaligen Splittergruppler in den Apparaten eingeleitet wurde, hatte schon nichts mehr mit nennenswerten Widerstands- oder Oppositionsaktivitäten zu tun. Dies gilt um so mehr für die Mitgliederüberprüfung des Jahres 1951. Die nun offen betriebene Stalinisierung der Partei sollte insbesondere mit dem Instrument der Zentralen Parteikontrollkommission sowohl die Verwandlung des SED-Apparats in den einer stalinistischen Kaderpartei als auch des Mitgliedskörpers in den einer disziplinierten Massenpartei bewirken. Der kaderpolitische und erziehungspolitische Zweck war dabei stets von einem »linienpolitischen« Aspekt, nämlich dem »Durchstellen« neuer Formierungsziele begleitet, welche die Kader- und Massenpartei in die Gesellschaft hinein vermitteln sollte.

25 Ebenda.

26 Mit der im Juni 1948 verabschiedeten »Anti-Tito-Resolution«, welcher sich das SED-Zentralsekretariat im Juli anschloß, verschärfte das Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien (KOMINFORM) den rigiden Kurs einer durchgehenden Stalinisierung aller kommunistischen Parteien des unmittelbaren sowjetischen Einflussesbereichs.